gerade bei diesen Lehrkräften ein großes Bedürfnis nach fachlicher Fortbildung heraus. Es gab bei nur sehr wenigen Lehrern Unterrichtssituationen, die noch an die alte DDR-Indoktrinationspädagogik der Fächer Geschichte und Staatsbürgerkunde erinnerten. Nach der Wende waren viele Lehrkräfte sehr verunsichert. Der tolerante Umgang mit Schülermeinungen mußte von der Mehrzahl der Lehrer ebenso erlernt werden wie die Erziehung der Jugendlichen zu mündigen Bürgern. Man hat es ja geschafft, die DDR-Bürger zu unmündigen Bürgern zu erziehen, wenn man es denn in der Schule geschafft hatte und dann auch in den weiteren Institutionen. Fünf Jahre nach der Wende ist aus meiner Sicht dies kaum noch ein Problem. Die ehemalige Kaderpolitik und ihre Auswirkungen spielen, zumindest vordergründig oder bemerkbar, in den Schulen keine Rolle mehr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Karl-Wilhelm Fricke ist der erste Fragesteller.

Sv. Karl Wilhelm Fricke: Ich habe eine kurze Frage an Herrn Dr. Braun. Sie erwähnten vorhin in Ihrem Vortrag, daß verschiedene Diensteinheiten des MfS Hochschuleinrichtungen, Universitäten bearbeitet haben, unter anderen nannten Sie auch die Hauptverwaltung Aufklärung. Mich würde interessieren, welche Interessen die Hauptverwaltung Aufklärung an den DDR-Hochschulen und -Universitäten verfolgt hat, ob das nur um die Werbung von Nachwuchs ging oder um Gewinnung von Experten oder ob die HV A zuständig war für die Überwachung von Reisekadern im sogenannten Operationsgebiet usw.. Das heißt also, welches konkrete Interesse hatte die HV A an den Hochschulen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Professor Ortleb bitte.

Abg. Prof. Dr. Rainer Ortleb (F.D.P.): Meine Frage richtet sich ebenfalls an Herrn Dr. Braun. Ich habe in rund 20 Jahren Mitarbeitertätigkeit an Hochschulen der DDR den Eindruck gewonnen, daß es brave und weniger brave Hochschulen und auch Fachrichtungen im Sinne der DDR gab. Hat sich das in irgendeiner Weise in verschärfter oder weniger verschärfter Aufsicht durch die Staatssicherheit ausgedrückt, auch in Strukturfragen? Ich wurde hellhörig, als Sie sagten, daß es in Dresden eine andere Struktur gab als sonst üblich.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Frau Kollegin Brudlewsky bitte.

Abg. Monika Brudlewsky (CDU/CSU): Ich habe eine Frage an Herrn Tietz. Ich bin eigentlich sehr froh, daß auch das Thema Schule angesprochen wurde, denn es konnten ja nicht alle studieren, und für mich ist das Thema Schule näher dran, denn ich z.B. durfte nicht studieren nach dem Abitur, weil ich einmal einen Brief geschrieben habe nach dem Bau der Mauer, der wurde beschlagnahmt, und da war meine Karriere dann zu Ende. 1961 war so ein richtiger Schnitt bei mir in der Schule. Ich bemerkte das, denn ich war gerade damals, bevor dieser Brief beschlagnahmt wurde, in die ZSGL, das nannte sich Zen-

trale Schulgruppenleitung, gewählt worden. Ich wurde natürlich sofort entfernt, als dieser Brief gefunden wurde. Damals wurde die Post überprüft, wahrscheinlich aus dem Grund, weil man versucht hatte, auch bei den Schülern etwas zu organisieren. Ich hatte zufällig ein Gespräch mit einem Mitschüler aus einer anderen Klasse, der gefragt wurde, ob er denn bereit wäre, über die anderen Mitschüler mal etwas zu erzählen, worüber sich sich so unterhalten, das wäre gar nichts Schlimmes. Das erzählte er mir eben, und wir haben dadurch mitbekommen, daß man dort schon versucht hat, in der 10. Klasse die Schüler zu Spitzeln auszubilden oder zumindest einen in jeder Klasse zu haben. Wir haben auch in unserer Klasse ein Mädel festgestellt, die uns bespitzelt hat, und in der Parallelklasse war ein Mädel, die in der katholischen Jugend diese Funktion übernommen hat. Das ist mir jetzt bloß noch so in Erinnerung. Das war nur ein Vorspann zu dieser Frage, die ich habe. Haben Sie das auch mitbekommen, solche Dinge an Ihrer Schule, einmal als Schüler und dann später als Lehrer, und wenn ja, haben Sie das offiziell mitbekommen oder zufällig, weil man ja sicher nicht das größte Vertrauen in Sie gesetzt hat? War so etwas mehr inoffiziell an den Lehrern vorbei gelaufen, die nicht so richtig mitspielten, oder war das offiziell bekannt? Und wie lange ging das, wenn Ihnen so etwas bekannt war? Das würde mich sehr interessieren.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Hartmut Koschyk bitte.

Abg. Hartmut Koschyk (CDU/CSU): Ich habe zunächst eine Frage an Herrn Dr. Braun. Aus Ihrem Vortrag gewinnt man den Eindruck, daß sowohl der Staat als auch das „Schild und Schwert der Partei“ die Hochschulen ganz schön im Griff hatten, so sage ich es jetzt mal etwas salopp. Ergibt sich denn für Sie aus dem, was Sie an Akten gesehen haben, das Ergebnis, daß der Repressionsapparat für Ruhe gesorgt hat, oder war es einfach so eine gewisse Lethargie, Anpassung; wie würden Sie das einschätzen? War es der Repressionsapparat, der die Hochschulen als nichtproblematische Zone hat erscheinen lassen? Also war es der Repressionsapparat oder war es einfach Lethargie und innerer Rückzug? Und wo gab es vielleicht Ansätze, auch welchen Grades, von oppositionellem und widerständischem Verhalten im Hochschulbereich, sowohl was Studenten als auch was den Mittelbau und die Professoren anbelangt? Wir haben ja hier von Herrn Professor Weiss gehört, daß es in einigen Phasen und zu verschiedenen Zeiten immer auch mit sehr bemerkenswertem Mut, mit Courage und auch mit sehr gravierenden Folgen für die Betroffenen bis hin zu Todesurteilen Opposition an der Universität Leipzig gegeben hat.

Dann eine Frage an Herrn Tietz: Sie haben den DDR-Schulalltag sowohl als Schüler als auch als Lehrer erlebt. Wenn Sie vergleichen – ich weiß, es ist sicher eine schwierige Frage –, würden Sie sagen, in der Zeit, als Sie Schüler waren, oder in der Zeit, als Sie Lehrer waren, haben Sie da eine gewisse Verstärkung der Ideologisierung bemerkt? Hat es unterschiedliche Phasen gegeben, beispielsweise, daß Sie sagen könnten, als ich in die Schule gegangen bin, war es stärker, oder als ich selber Lehrer war, habe ich den Eindruck gehabt, daß die Ideologisierung schwächer ausgeprägt war? Dann erscheinen mir Ihre

Ausführungen sehr wichtig zu der Frage, wie man nach 1990 mit Lehrern, auch mit belasteten Lehrern und ihrer Einstellung zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung, umgegangen ist. Da entdecke ich einen Widerspruch. Auf der einen Seite sagen Sie, die haben alle sehr leichtfertig das Bekenntnis zur Bundesrepublik Deutschland unterschrieben. Viele konnten wir nicht loswerden, die wir loswerden wollten. Die sind uns über gewonnene Arbeitsgerichtsprozesse wieder hereingeklagt worden. Dann am Schluß sagen Sie aber, fünf Jahre danach habe ich den Eindruck, das spielt alles keine große Rolle mehr. Es würde mich interessieren, wie Ihre Einschätzung der Wirklichkeit heute ist – das kann man sicher nicht quantifizieren –, aber glauben Sie, daß sich bei der Mehrheit der Lehrer, die in dem Bereich, in dem Sie für die Schulaufsicht verantwortlich sind, auch wenn sie vor dem 3. Oktober 1990 schon als Lehrer tätig waren, wirklich eine Änderung der inneren Einstellung vollzogen hat? Würden Sie das bei der Mehrheit bejahen oder nicht? Ich weiß, das ist eine sehr schwierige Frage, aber ich glaube, wenn wir nach fortwirkenden Strukturen gerade in einem so zentralen Bereich wie Schule fragen, dann müssen wir uns auch mit dieser Frage auseinandersetzen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Tietz, manchmal tut erinnern weh. Mir geht es heute abend so, und zwar deswegen, weil ich ja auch Schüler in dieser DDR gewesen bin. Student konnte ich nicht werden, weil ich DDR-Recht und DDR-Gesetz in Anspruch nahm, bin Bausoldat gewesen, das schloß mich von der staatlichen Universität aus. Und ich bin Vater von fünf Kindern. Vier davon haben die DDR-Schule erlebt, und die hatten nicht das Glück, daß ihr Vater Offizier war oder Betriebsleiter oder IM, sondern der war Pfarrer.

Ich hätte ein paar Fragen an Sie. Einmal – können Sie mir sagen, was hat denn das für den Lehrer als Menschen bedeutet, der möglicherweise mit einer Fülle von Idealen Lehrer wurde und auf einmal feststellte, daß er das nicht kann, wie er will, sondern daß er da vorgeschrieben bekommt, wie er mit Kindern umgehen muß, daß er die nicht zum Meinungsstreit, zum Wachsamsein erziehen soll, sondern zur Doppelzüngigkeit und zum Opportunismus? Was hat das, dieses Verhalten, das er ja im Normalfall beachten mußte, wenn er Lehrer sein wollte –, was hat das für sein Verhältnis zu den Schülern bedeutet? Eine nächste Frage: Die Wende kam – zum Teil sind das ja dieselben Lehrer gewesen. Was hat das für den Lehrer A bedeutet nach der Wende, wenn der auf einmal vor den gleichen Schülern stand? Möglicherweise redete er – unterstelle ich mal – jetzt völlig anders, als er vorher geredet hat, weil er das entweder als Befreiung erlebte oder den Eindruck hatte, jetzt muß er anders reden. „Vorher mußte ich so reden, und jetzt muß ich so reden.“ Was bedeutete das für den Lehrer, nicht nur für das Verhältnis Schüler-Lehrer, sondern auch für den Lehrer selbst, der, das unterstelle ich mal, sich ein Stück weit wenigstens mit dem, was er da gelehrt und gemacht hat, auch identifiziert hat – alles auf einmal völlig anders? Was bedeutete das – und für mich auch besonders kraß, wir haben das heute gehört – für einen Staatsbürgerkundelehrer, der heute Religionsunterricht unterrichtet?

Herr Kowalczuk.

Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk: Herr Tietz, Sie haben dargestellt, daß während und nach der Wende die meisten Lehrer, oder fast alle, keine moralischen Bedenken hatten, in das neue System sich transformieren zu lassen, wenn ich das so ausdrücken darf. Sind Ihnen eigentlich Diskussionen bekannt oder hatten Sie selber das Gefühl, moralische Bedenken zu haben, in der DDR Lehrer zu sein, Lehrer zu werden?

Einige Fragen an Herrn Braun. Erstens: Sie haben das Beispiel von der Humboldt-Universität gebracht mit dem Offizier im besonderen Einsatz, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter zbV beim Prorektor gearbeitet hat. Mich würde nun interessieren, ob es auch andere Strukturpositionen an den Universitäten gab, auf die das MfS einen besonderen Zugriff hatte. Ich denke insbesondere an das sogenannte DIB, das Direktorat für Internationale Beziehungen. Die zweite Frage ist, ob es Erkenntnisse gibt über die Zahlen von IM und GMS und anderen MfS-Mitarbeitern an den Universitäten der ehemaligen DDR. Bisher sind ja vor allem Untersuchungen zur Humboldt-Universität bekannt, wo Zahlen vorliegen, die allerdings alle meines Erachtens daran kranken, daß dort vor allem mit Zahlen gearbeitet wird, die aus der Überprüfung 1990/91 stammen, das heißt, alle diejenigen, die bis zum Zeitpunkt der Überprüfung schon selber aus eigenem Entschluß gekündigt haben, kommen in diesen Zahlen gar nicht vor, und das sind durchaus Größenordnungen. In diesem Zusammenhang interessiert mich auch noch mal die Frage, die Herr Ortleb schon stellte, nach den Fachdisziplinen, ob der Trend ein allgemeingültiger war, wie an der Humboldt-Universität, daß die IM-Dichte in den naturwissenschaftlichen Fakultäten, in den technikwissenschaftlichen Fakultäten, in der medizinischen Fakultät weitaus höher war als in den gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen, was natürlich damit zu tun hatte, daß man die gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche ja von vornherein, gewissermaßen a priori, viel stärker unter Kontrolle hatte und die SED-Dichte hier, wie wir das heute schon von Herrn Weiss gehört hatten, gegen 100 Prozent ging. Und die letzte Frage: Gibt es Erkenntnisse darüber, in welcher Dichte Reisekader für das MfS arbeiteten, und vor allem für welche Abteilungen des MfS – also auf die Frage zurückkommend, die Herr Fricke auch schon gestellt hat –, inwieweit hatte die HV A sozusagen hier vor allem ihr Standbein?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Martin Gutzeit bitte.

Sv. Martin Gutzeit: Eine erste Frage an Herrn Braun: Mich interessiert – Sie sprachen über die Sicherheitsüberprüfungen der Kader –, mal etwas an Zahlen zu hören. Wenn ich mir die Universitäten anschaue, haben Sie von einzelnen Funktionen, Bereichen geredet, da hätte ich gern Zahlen, bezogen auf so einen Bereich, um sich das noch plastischer vorstellen zu können, wer da alles davon betroffen war. Ein weiteres – das knüpft an unsere erste Runde heute abend noch mal an –, die Einbeziehung der Staatssicherheit bei Sicherheitsüberprüfungen von Nomenklaturkadern, also direkt in Nomenklaturkaderentscheidungen. Vielleicht könnten Sie dazu noch etwas sagen. Herr Tietz hatte berichtet,

daß die Zahl von Inoffiziellen Mitarbeitern nicht so groß war. Ich denke, im Bereich Mitte wird das bei personalrechtlichen Konsequenzen so bei ein bis zwei Prozent der Mitarbeiter liegen, jedenfalls nach den Statistiken, die mir vorliegen, und das heißt also, irgendwelche Belastungen gab es bei so um die fünf bis sechs Prozent, wo dann nichts folgt. Das ist die Statistik; es klang so, als ob da nichts wäre –, das ist ungefähr so der Durchschnitt in Berlin, in einem Bezirk mehr, im anderen weniger. (Zwischenruf **Detlef Tietz**: Ich meinte die Leitungskader.)

Da knüpft die nächste Frage an Herrn Braun an: Wir hatten gehört, daß gerade bei Sicherheitsüberprüfungen nicht nur Inoffizielle Mitarbeiter im Einsatz waren, sondern daß hier die politisch-operative Zusammenarbeit einsetzte. Das ist ein besonderes Problem, weil Personen in Leitungsfunktionen, die eigentlich mit dem, was sie taten, Mitarbeitern, Schülern usw. mindestens in gleicher Weise geschadet haben wie die Inoffiziellen Mitarbeiter des MfS, völlig aus der Schußlinie sind, weil dieser Bereich der politisch-operativen Zusammenarbeit in der Absicherung ganzer Bereiche ignoriert wird, jedenfalls bei personalpolitischen Angelegenheiten, und das betrifft auch wieder Herrn Tietz und seine Leitungskräfte. Vielleicht könnte Herr Braun noch mal etwas über die Bedeutung der politisch-operativen Zusammenarbeit im Zusammenhang mit Sicherheitsüberprüfungen sagen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Markus Meckel bitte.

Abg. Markus Meckel (SPD): Ich bin in Berlin Mitte zur Schule gegangen, direkt neben dem ZK-Gebäude, und hätte Lust, so manche Frage zu stellen aus dem konkreten Verantwortungsbereich von Herrn Tietz, aber ich will Ihnen und mir das ersparen. Leider war ich da nicht sehr lange, weil ich dann von der Schule gehen mußte. Aber das kann hier nicht Thema sein.

Sie haben in Ihrem letzten Satz gesagt – und Herr Koschyk hat darauf schon hingewiesen –, heute sei das eigentlich alles bereinigt. So ungefähr habe ich es verstanden, vielleicht ist das etwas überspitzt gesagt. Ich weiß, daß natürlich wie alle Menschen auch Lehrer unterschiedlich sind, sowohl früher als auch heute. Aber trotzdem sage ich aus eigener Erfahrung – und ich glaube, daß es letztlich bis 1989 so war –, daß diskursives Denken und eine sachliche Auseinandersetzung an der Schule nicht üblich waren. Es herrschte eine Trichterpädagogik, wie ich es damals immer genannt habe, das heißt, da werden eine festgestellte Wahrheit und Wissensstoff in den Kopf getrichtert, und eine eigene Auseinandersetzung mit den Vorgaben ist nicht erwünscht. Wie ist Ihr Eindruck: Hat die Art des Denkens und des Umgehens mit den Inhalten sich wirklich geändert, oder hat man jetzt eben einfach nur „demokratische Inhalte," die man jedoch in der altbekannten Weise zu vermitteln versucht? Das scheint mir ein ganz zentrales Problem zu sein.

Das zweite: Gibt es Fälle, die Ihnen bekannt sind, wo Lehrer vor der Klasse versuchen, ihre Situation, daß sie vorher so geredet haben und nach 1989

plötzlich ganz anders, vor der Klasse zu thematisieren? Kennen Sie solche Fälle? Ich würde das für sehr ermutigend halten.

Dritte Frage an Sie: In Berlin hat man versucht, was sonst in anderen Teilen Ostdeutschlands schwieriger ist, Ost- und West-Lehrer zu mischen, weil es nun mal eine Stadt ist. Ein paar Worte über die Erfahrungen damit und die Bereitschaft dazu wären ganz interessant.

Letzte Frage an Sie zum Lehrmaterial, insbesondere in geisteswissenschaftlichen Bereichen, etwa zum Geschichtsunterricht oder zur Literatur: Was ist Ihr Eindruck, welche Art Material wird benutzt? Meine Erfahrung mit meinen eigenen Kindern ist, daß sehr viel mit losen Blättern gearbeitet wird. Gibt es etwas, woran sich Lehrer gemeinsam orientieren, gibt es einen Diskurs darüber unter Lehrern? Gibt es Bereiche, wo Sie dies zu fördern versuchen?

Eine Frage noch geht an Herrn Braun; vielleicht hätte ich sie vorher aber auch Herrn Professor Weiss stellen müssen in bezug auf den Einfluß des MfS an der Universität: Ich weiß aus anderen Bereichen als der Universität – die staatliche habe ich nicht kennengelernt –, daß Leute, die für die Staatssicherheit als IM oder in anderer Funktion gearbeitet haben, im unmittelbaren Umgang mit den Studenten nicht unbedingt und nicht immer die schlimmsten waren. Daneben gab es andere, die zwar formell nicht fürs MfS gearbeitet haben, aber in der operativen Ausführung des ideologischen Wahrheitsanspruches der SED in der Personalpolitik und im Umgang mit Studenten sehr viel problematischer und repressiver waren. Heute spielt in der öffentlichen Diskussion und im Dienstrecht nur MfS-Mitarbeit eine Rolle. Da hat man durch die Aktenöffnung klare Fakten. Mit den anderen Bereichen und Erfahrungen dagegen ist es schwer umzugehen. Können Sie darüber etwas berichten? Vielen Dank.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der nächste ist Stephan Hilsberg.

Abg. Stephan Hilsberg (SPD): Wenn wir über die Folgen der Kaderpolitik an den Schulen sprechen, heißt das auch, nach dem Klima zu fragen, was dort jetzt herrscht, und nach den Folgen dieses Klimas. Es gibt ja da Leute, die malen Horrorszenarien an die Wand, und andere, die sagen, das ist völlig unerheblich. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann würden Sie eher beruhigend wirken – im Grunde genommen ist das Problem als solches bewältigt. Nun weiß ich natürlich nicht, ob Sie dies zum Teil darauf zurückführen, daß in Mitte, eben was die Erneuerung betrifft, sehr viel mehr gemacht wurde als in vielen anderen Ecken. Das wäre die erste Frage, die ich stelle.

Die zweite ist: Wie verhalten sich die ehemaligen MfS-Leute unter den Lehrern, die sich beispielsweise wieder eingeklagt haben? Ist da irgendwas auffällig, spürt man das? Sind sie eher unauffällig, zurückhaltend?

Die dritte Frage: Wie wird reflektiert unter Schülern oder Lehrern, oder wird überhaupt reflektiert, daß da ein ungeheurer Bruch stattgefunden hat? An der gleichen Schule, wo die gleichen Lehrer und die gleichen Schüler noch sind – wird darüber geredet, gibt es da Reibungspunkte? Die Schüler – zumindest war

es so, als ich noch in der Schule war, und ich repräsentiere auch den Ostteil der Stadt an dieser Stelle wie meine drei Vorredner –, die waren sich in der Regel völlig im klaren und haben in einer sehr nüchternen Art und Weise über ihre Schulsituation geredet. Zum Beispiel hat eine Schwester von mir eine relativ gute Beurteilung gekriegt in der 7. oder 8. Klasse, als es um die Frage der Delegierung an die Erweiterte Oberschule ging. Die Note war dem Direktor so gut, daß er sie auch nicht mit einer entsprechenden Gesamtverhaltensnote relativieren konnte, die stand aber schon im Zeugnis drin; also hatte er dann ein Problem. Das Problem hat er dann so gelöst, daß – wir hatten damals Zeugnishefte, das war Mitte der siebziger Jahre – einfach die Seite zugeklebt wurde, und auf der nächsten Seite hatte die Lehrerin eine neue Einschätzung zu liefern, die dann entsprechend bewertet wurde und die dann auch dazu führte, daß sie nicht weiter delegiert zu werden brauchte. Das war Gesprächsthema, man hat deswegen ja auch nicht alle Lehrer verteufelt, man hat sie sozusagen einsortiert, und selbst zu denjenigen, die als besonders systemtragend erschienen – Staatsbürgerkundelehrer und so –, selbst zu denen gab es ein ganz normales Verhältnis, man hat sie irgendwie ganz normal eingeschätzt. Als Kind ist das nicht dramatisiert worden. Also wie wird darüber reflektiert?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Professor Huber bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber: Meine Frage an Herrn Tietz schließt an das an, was schon mehrere Vorredner angesprochen haben. Die Fakten sprechen für eine sehr große personelle Kontinuität im Ostteil der Stadt. Sie hatten etwa 14.000 Lehrer oder ein bißchen mehr zu Beginn des Jahres 1991. Es gibt heute noch 13.000, die in den östlichen Bezirken eingesetzt werden, aus der DDR stammen und dort ihre Lehrbefähigung erhalten haben. Nur 975, Herr Meckel, so hat mir die Senatsverwaltung mitgeteilt, haben sich bereiterklärt, in den Westen zu wechseln, also 1.000 von 14.000. Dies die Fakten. Herr Tietz, Sie haben gesagt, die 14.000 hätten alle unterschrieben, sie stünden jetzt auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Psychologisch habe ich ähnliche Schwierigkeiten wie Herr Eppelmann, mir vorzustellen, daß man von heute auf morgen sozusagen sein ganzes Weltbild ändern kann, von dem man zunächst ja überzeugt war. Und dann sagen Sie als Resümee, im Prinzip könnten Sie „Entwarnung“ geben. Wie können Sie das feststellen? Wie können Sie feststellen, daß in den Klassen nicht doch indoktriniert wird, daß nicht doch in einem Nebensatz, aber das dreimal in der Stunde, die „richtige Message“ rübergebracht wird?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollege Vergin bitte.

Abg. Siegfried Vergin (SPD): Ich habe 1951 in Mecklenburg Abitur gemacht, in Bad Doberan, und ich gehöre zu dem Abiturjahrgang, der dann fast geschlossen Lehrer werden mußte, weil zum damaligen Zeitpunkt die Schulen keine Lehrer mehr hatten, die waren alle weg, das heißt, der erste Neulehrerjahrgang, wie er hier heute dargestellt wurde, der über Wochenausbildung und so etwas in die Schulen hereinkam, war inzwischen wieder weg, zum größten Teil in Westdeutschland. Ich habe 1953 versucht, ebenfalls diesen Weg zu ge-

hen – ab in den Westen –, wurde in West-Berlin dann von der dortigen Schulverwaltung gebeten, wieder zurückzufahren, denn man bräuchte in der DDR Lehrer und Lehrerinnen, die dem System nicht treu waren. Ich sage das hier, um mal die Facetten der Entwicklung dieses Bildungswesens etwas deutlicher zu machen oder anzureichern. Ich frage mich bis heute, ob tatsächlich diese sozialistische Pädagogik als solche, oder vielleicht die sozialistische Pädagogik mit diesen vielfältigen Lehrern, eigentlich das erreicht hat, was sie erreichen wollte. Bisher ist für mich nur eines ablesbar, daß es dem DDR-System gelungen ist, die Entkonfessionalisierung oder sogar die Säkularisierung bis heute sichtbar durchzuführen. Dasselbe würde ich für das Bildungswesen nicht feststellen wollen. Ich frage mich, wie kommt das eigentlich. War das System wirklich so geschlossen, wie es meistens dargestellt, empfunden wird von außen? Ich habe heute auch bei Herrn Weiss als Hochschulprofessor daran gedacht, er war dort auch tätig, aber sicher nicht in dem Maße und in dem Sinne, wie man es eigentlich von ihm wollte. Das heißt also, ich glaube, wir sind gut beraten, dieses Thema, das wir als Enquete-Kommission sicher nicht abschließend behandeln können und wollen, weiter im Auge zu behalten. Ich glaube, es bedarf noch vieler Untersuchungen, um herauszubekommen, wie die Wirkung solch zentralstaatlich gelenkter Pädagogik eigentlich zu bewerten ist, notwendig ist es aber. Ich könnte an meiner Geschichte das noch weiter ausführen, nur sind wir in zu großem Zeitdruck, um diese Einzelheiten zu darzulegen. Ich will nur noch der Kollegin dort sagen – bei uns in Rostock war es dann 1956 so, daß erneut eine Lehrerabwanderung einsetzte. In meiner Schule, wo ich war, sind von den Lehrern 75 Prozent abgetürmt, 75 Prozent in diesem Jahr allein, und zwar deshalb, weil wir auf einmal Schüler bekamen, die wir alle gar nicht kannten. Auf einmal hatten wir einen Schülerzustrom über alle Klassen verteilt, und die haben nichts weiter gemacht, als Berichte zu machen über uns. Also damals schon, 1956, ein massiver Einsatz von Schülerinnen und Schülern zur Überwachung von Lehrern. Die haben gemeldet, daß ich westdeutsche Schulbücher in der Schule hatte, und das war dann mein Aus. Also das gab es tatsächlich schon. Es war Biologie, Mendel'sche Vererbungslehre, die ich unterrichtet habe, statt Mitschurin und Lyssenko zu unterrichten, und das ging gut, bis auf einmal diese Schülerzuströme dort kamen. Das war dann das Ende auch dieser Schule.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich muß jetzt die Rednerliste formal schließen. Professor Faulenbach, bitte.

Sv. Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Herr Tietz, wenn Sie das Schulklima in West- und Ost-Berlin vergleichen würden – gibt es signifikante Unterschiede zwischen West- und Ost-Berlin? So herum kann man ja auch mal fragen. Gibt es in dem einen oder anderen Bereich spezifische Konflikte und Unterschiede?

Zweite Frage: Würden Sie es für nötig halten, daß man gesonderte Politik- und Geschichtslehrbücher gleichsam für die neuen Bundesländer entwickelt oder gesonderte Konzepte, die sich signifikant unterscheiden von den Konzepten für die alten Bundesländer?

Dritte Frage, die ich auch noch mal stellen will, obwohl sie hier schon angeklungen ist: In der DDR wurde Anpassungsverhalten in besonderer Weise honoriert, ganz offensichtlich nach allem, was wir hier gehört haben. Würde man die Bejahung der neuen demokratischen Ordnung durch große Teile der Lehrerschaft geradezu als eine Funktion dieses Anpassungsverhaltens werten müssen, und wie würden Sie dann den Stand des Prozesses einer stärkeren Verwurzelung, einer stärkeren Internalisierung demokratischer Lebensformen und Denkweisen bei der Lehrerschaft heute beurteilen? Vielleicht geben Sie eine Einschätzung einmal dazu ab, denn Sie haben sowohl von fortwirkenden Denkstrukturen gesprochen als auch von Überwindung vorhandener oder älterer Strukturen; vielleicht können Sie es noch präzisieren.

Noch eine Frage an Herrn Braun: Sie haben den Eindruck vermittelt, daß im Grunde genommen dieses System der Überwachung flächendeckend oder institutionenüberdeckend war. Aber gab es nicht auch besondere Brennpunkte der Tätigkeit der Stasi? Wo lagen diese Brennpunkte in den letzten Jahren?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Professor Faulenbach. Professor Maser bitte.

Sv. Prof. Dr. Peter Maser: Nur eine Vorbemerkung zunächst: Vorhin wurde nach einem passenden Begriff gesucht in Bezug auf die konfessionellen Verschiebungen. Ich glaube schon, man sollte von Entchristianisierung sprechen, im Gegensatz zu Säkularisierung, die ja letzten Endes ein selbstgesetzter Prozeß ist, der auch selbst gesteuert werden kann, während im Begriff der Entchristianisierung zum Ausdruck gebracht wird, daß hier eine ganz gezielte ideologisch gesteuerte Politik eben doch tiefgreifende Wirkung erzielt.

Meine Frage geht natürlich auch an Herrn Tietz, weil die letzten Bemerkungen über den jetzt offensichtlich eingezogenen Frieden und die Tendenz hin zu einem Normalzustand mir genau so querliegen. Da habe ich die ganz schlichte Frage: Ich lese und höre, daß in Berlin, das hier schon verschiedentlich apostrophiert worden ist, die PDS im besonderen Maße Wahlerfolge feiert. Nun mag es natürlich sein, daß der Bezirk Mitte da eine besondere Rolle spielt, aber Sie sind als Schulrat einer, der einen weiteren Überblick hat. Ich möchte also fragen: Wie sieht das aus mit PDS-Mitgliedern in den heutigen Schulkollegien, wie sieht das aus mit der Wählerschaft der PDS unter Lehrern heute und dann – auf Fragen noch einmal zurückgreifend, die auch schon gestellt worden sind, aber dann etwas konkreter –, wie sieht das aus mit den berühmten Nebensätzen, dreimal in der Stunde? Wir wissen alle, ein Lehrer oder eine Lehrerin, der als Persönlichkeit etwas darstellt, solche Leute brauchen tatsächlich bei korrektester Darstellung dann nur ein oder zwei Sätze hintendranzuhängen, durch die sie für Schüler sehr eindrücklich und deutlich signalisieren – liebe Leute, so und so ist es. Wir haben es ja in der DDR-Zeit umgekehrt auch erlebt, daß uns Lehrer den Schulstoff offiziell dargeboten und uns signalisiert haben – liebe Leute, es gibt aber so eine Art von innerem Einverständnis zwischen uns, daß wir hier jetzt eine Pflichtübung hinter uns gebracht haben, Gott sei Dank. Und welche Rolle spielen solche Lehrer als Mitglieder der PDS oder als Wäh-

ler der PDS auch innerhalb des Kollegiums? Es gibt da ja eine ganze Reihe von vorstellbaren Mechanismen, wie solche Mitglieder eines Lehrerkollegiums, wenn sie denn nur wollen, ihre Ziele – ich will es jetzt mal allgemein formulieren – ein Stück voranbringen können.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Kollegin Gleicke bitte.

Abg. Iris Gleicke (SPD): Es ging jetzt die ganze Zeit um Strukturen und um ziemlich klare Fakten. Ich habe den Eindruck, daß auch die Art und Weise des Unterrichts – das hat jetzt nichts mit dem politischen Denken oder mit irgendwelchen Gesinnungen zu tun –, die Art und Weise der Wissensvermittlung eine andere war, denn das Schulsystem der DDR war nun eher autoritär als in irgendeiner Form partnerschaftlich. Ich möchte gerne von Herrn Tietz wissen, welche Erfahrungen Sie damit haben, denn die Eltern der betroffenen Schülerinnen und Schüler denken ja das eine oder andere Mal an früher, kennen den einen oder anderen Lehrer und haben da irgendwie eine Gefühlswelt. Wie sieht es da aus mit den schulpsychologischen Diensten, denn es geht auch darum, welche Auswirkungen das bis in die weitere Zukunft hat? Gibt es da irgend etwas Greifbares, wo Sie da aktiv werden, oder läßt man das so laufen?

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Letzter: Martin Gutzeit.

Sv. Martin Gutzeit: Ich hatte vorhin einen Punkt vergessen, vielleicht auch nicht ansprechen wollen. Aber da jetzt sehr viel über diesen letzten Satz von Herrn Tietz noch geredet wurde, möchte ich dazu Stellung nehmen, weil das auch den Bereich betrifft, in dem ich tätig bin. Ich habe sämtliche Volksbildungsstadträte Berlins, Ostteil und Westteil, besucht und ihnen kritische Fragen gestellt, wie es denn heute aussieht, und da sind die Antworten natürlich recht unterschiedlich gewesen. Es gab Volksbildungsstadträte, die sich eher vor ihre Lehrer gestellt haben, deswegen kann ich in gewisser Weise verstehen, was Herr Tietz hier sagt. Es gab andere, die haben das kritischer genommen und dann gerätselt – gerade in der Wendezeit –: Was ist denn passiert? Sie sagten, es wäre nur ein Drittel der Lehrer, die die Chance begriffen haben, etwas Neues zu machen. Für ein Drittel galt, daß die Lehrer nicht diejenigen gewesen sind, die durch diesen Umbruch finanzielle Nachteile gehabt haben, sondern sie haben eine sehr gute Situation; sie haben dann erst auch mal ihr Privatleben geführt und sich ansonsten in einem gewissen Trott befunden. Dann gibt es welche, die haben sich wohl mental auch noch nicht so recht umgestellt. Ich denke, wenn man sich Berlin anschaut, von der Bildung her, dann geht immer noch eine Mauer durch die Stadt, und das zeigen nicht zuletzt jene Schwierigkeiten des Transfers von Lehrern von Ost nach West, aber zum Teil auch von West nach Ost, und teilweise die Probleme, die die Kollegen dann hatten. Auch die Zusammenarbeit zeigt, daß da sehr, sehr viel noch nicht bewältigt ist, also so jedenfalls meine Erfahrung.

Auch die personalpolitische Aufarbeitung ist in den Bezirken unterschiedlich gelaufen. Wenn ich mir Hellersdorf anschaue, da sind 1.600 Lehrer, und da waren, glaube ich, drei Kündigungen wegen MfS-Tätigkeit, davon zwei

Hauptamtliche, mehr nicht. Und dann gab es das Hickhack, daß erst mal der Volksbildungsstadtrat belastet war und sich dann wieder reingeklagt hat usw. usw.. Wenn ich mir dieses ganze Feld dort anschaue, dann sieht das schon nicht so einfach aus, und es ist unter unseren rechtsstaatlichen Verhältnissen auch nicht so einfach. Manche Volksbildungsstadträte haben versucht, gewisse Nester durch Umsetzung zu klären, aber so einfach ist dieses ganze Geschäft nicht. Und ich würde sagen, diejenigen, die dort in entsprechenden Funktionen sind, haben es auch nicht so einfach, wenn sie das jetzt offenlegen. Wer soll das machen angesichts unserer Wahlergebnisse? Ich denke, in Mitte hat die PDS bald an die 40 Prozent, dann ist das sozusagen wie ein Stochern im Wespennest.

Ich will jetzt mal als Vater eines Sohnes, der noch 1990 in Mitte aufs Gymnasium gegangen ist, meine Folgerung schildern. Nehmen wir den Deutschunterricht. Es ist ja so, wir hatten den sozialistischen Realismus, und dann wurde eben der deutsche Realismus behandelt. Ich weiß nicht, inwieweit hier tatsächlich eine Veränderung stattfand – ich denke, es gibt da Fortschritte. Hat aber der Geist sich tatsächlich schon geändert? Ich persönlich habe die Schlußfolgerung gezogen und meine Tochter nach Kreuzberg aufs Gymnasium geschickt. Das machen auch andere. Ich will jetzt nicht den Osten und die Ost-Lehrer generell diskreditieren, keinesfalls, ich will bloß darauf hinweisen, daß wir hier meines Erachtens noch einen gewaltigen Weg vor uns haben. Wenn wir von Berlin reden, dann sind wir eigentlich noch glücklich dran. Die ganzen Umstrukturierungsprozesse konnten angesichts der Tatsache, daß hier doch Verwaltungskapazitäten da waren, die das entsprechend machen konnten, und daß dann hier auch auf junge Kräfte zurückgegriffen werden konnte, ablaufen; da ist einiges passiert. Aber ich denke, wenn man den ganzen Bereich der neuen Bundesländer nimmt, dann ist das noch viel, viel komplizierter.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herr Dr. Braun, ich würde Sie bitten, Ihr Thema zu beantworten und die Fragen, die ihnen gestellt worden sind, und danach Sie, Herr Tietz.

Dr. Matthias Braun: Ich werde versuchen, diese vielen Fragen einigermaßen zu beantworten, und möchte vorweg sagen, daß mein Thema hier war, über die Einflußmöglichkeiten des MfS auf das Hochschulwesen zu sprechen. Daß natürlich auch andere Institutionen darauf eingewirkt haben, habe ich zumindest versucht zu erwähnen, so daß hoffentlich bei Ihnen nicht eine falsche Optik entstanden ist. Das grundsätzlich vorweg und damit gleichzeitig zu dem, was Herr Meckel und auch andere angefragt haben. Natürlich haben auf die Kaderpolitik an den Hochschulen, wie in allen gesellschaftlichen Bereichen der DDR, nicht nur die Staatssicherheit bzw. ihre Diensteinheiten Einfluß genommen. Man könnte versucht sein, Zeitzeugen hier im Saal zu befragen, die wissen, daß natürlich die Partei, die FDJ, ja sogar die Gewerkschaft Einfluß genommen haben. Bei diesen sogenannten Beratungs- und Kontrollgruppen zur Bestätigung von Auslands- bzw. Reisekadern ist z.B. im Bereich Medizin der Humboldt-Universität auch ein Vertreter der Gewerkschaft dabei gewesen, und

alle, die an solchen Sitzungen teilgenommen haben, waren zur strengsten Verschwiegenheit verpflichtet. Es war, wenn man so will, ein zusätzlicher konspirativer Zirkel, der vorab die Dinge schon abgeklärt hat, und nach dieser gründlichen Vorabklärung ging der Vorgang überhaupt erst an das MfS, wo alles dann noch einmal aufgrund der speziellen konspirativen Informationen des MfS überprüft wurde. Es ist ein sehr, sehr umfangreicher Prozeß, der sich da vollzogen hat, der auch bei allen anderen kaderpolitischen Maßnahmen stattfand.

Zu den Fragen von Herrn Fricke: Die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS hat in sehr vielfältiger Form an den Hochschulen gearbeitet bzw. Interesse an den Hochschulen gehabt. Wir müssen da ein paar Formen voneinander unterscheiden. Das eine ist, daß die Hauptverwaltung Aufklärung aufgrund der Regelungen innerhalb des MfS, also z.B. in Fragen der Reisekaderüberprüfung, mit einbezogen wurde, wenn ein Kader sich eine längere Zeit im Ausland aufhielt. Das heißt, die eigentlich bearbeitende Abteilung – sagen wir mal, es handelt sich um einen Reisekader aus einer Hochschule, dann wäre es die Abteilung XX/8 – ist dann verpflichtet, zunächst den entsprechenden Leiter in der HVA darüber zu informieren, daß dieser Kader für ein Jahr z.B. in Amerika ist. Wenn dieser Kader so lange im Ausland ist, wie es beispielsweise bei einem sehr exponierten Mediziner aus dem Norden der DDR der Fall war, dann ist dieser ganz konkret für diesen Zeitraum, in dem er sich im kapitalistischen Ausland aufhielt, von der Hauptverwaltung Aufklärung betreut worden, ganz klar, ganz deutlich, da hatten die anderen Abteilungen ganz hinten anzustehen. Es war dann sozusagen die Freundlichkeit des Inoffiziellen Mitarbeiters, wenn er seinen Führungsoffizier, der ihn in der DDR immer betreut hat, auch informiert hatte.

Es hat natürlich ein Interesse der Hauptverwaltung Aufklärung daran gegeben, bereits gezielt in speziellen Studienrichtungen Nachwuchskader anzuwerben. Der bekannteste Fall ist Werner Stiller, der in Leipzig Physik studiert hat und dort angeworben worden ist, der eine Überprüfungsphase beim MfS durchlief und schließlich für das MfS als hauptamtlicher Mitarbeiter gearbeitet hat.

Dann hat das MfS auch versucht, nicht nur im Rahmen seiner Mitwirkungspflicht über Reisekader informiert zu werden und diese abzuschöpfen, sondern die Hauptverwaltung Aufklärung war auch bemüht, eine eigenständige Informationsbasis zu entwickeln, besonders bei Leuten, die häufig im Westen waren. Man hat zum Teil versucht, schon im Vorfeld diese Leute an sich zu binden, was in dem einen oder anderen Fall dazu geführt hat, daß dann jemand z.B. von dem zuständigen MfS-Mitarbeiter für Hochschulfragen angesprochen wurde und der Angesprochene glattweg erklärt hat, mit ihnen rede ich nicht, ich rede hier schon mit anderen. Solche Vorgänge lassen sich aktenkundig belegen.

Es gab dann auch Vorgänge, wo mehrere Hauptabteilungen des MfS an Überwachungs- und Überprüfungsvorgängen beteiligt waren. Ein klassisches Beispiel hierfür ist ein Vertrag zwischen amerikanischen Hochschulen und dem

Ministerium für Hochschul- und Fachschulwesen der DDR, das sogenannte IREX-Programm. In diesem Fall hatten DDR-Wissenschaftler mit amerikanischen Wissenschaftlern zunächst den Vertrag ausgehandelt. Für die Überwachung war die Bezirksverwaltung Berlin zuständig, jedoch absolut überfordert, weil die Mehrzahl der beteiligten DDR-Wissenschaftler bereits entweder von der Abwehr, also von der Hauptabteilung II, oder von Gliederungen der Hauptverwaltung Aufklärung angeworben war. In diesem Fall wurde dann die Entscheidung getroffen, daß die für den Hochschulbereich zuständige Hauptabteilung XX/8 koordinierend wirken sollte.

Es tauchte mehrfach die Frage auf, ob es bestimmte Interessengebiete gab – im MfS-Deutsch heißt das dann immer „Schwerpunktarbeit" –, wo man besonders Kräfte eingesetzt hat; die Frage kam von Herrn Professor Ortleb und von Herrn Kowalczuk. Und Sie sagten auch, brave und nicht brave Hochschulen usw.. Das war nicht so sehr eine Frage von braven und nicht braven, sondern das war eine Frage, was war für die DDR vor allen Dingen im volkswirtschaftlichen Sinne von Wichtigkeit. Primär aus diesem Grunde ist in Dresden eine eigene Objektdienststelle gegründet worden, weil dort eine starke Konzentration von Technikwissenschaften war, und ein zweiter Punkt – der war relativ sekundär –, weil es in Dresden eine hohe Konzentration von Studenten gab, nämlich 17.000 Studenten schon in den siebziger Jahren an den Dresdener Hochschuleinrichtungen. Um das noch ein bißchen zu untermauern: 1981 erhielt im Rahmen einer Umstrukturierung das Hochschulwesen innerhalb des MfS eine größere Bedeutung, indem eine eigenständige Abteilung mit neuen Bearbeitungsschwerpunkten gegründet wurde. Schwerpunkte waren die Mathematik und die naturwissenschaftlichen Bereiche, die technischen Wissenschaften, die mathematisch-naturwissenschaftlich-technische Forschung und der Bereich Planung/Ökonomie. Besonders in den achtziger Jahren hat sich dann noch eine zusätzliche Konzentration auf Forschungsschwerpunkte innerhalb der Universitäten, die mit Militärtechnik zu tun hatten, ergeben. Um Ihnen das zu verdeutlichen: Die Friedrich-Schiller-Universität Jena ist zahlenmäßig eine relativ kleine Universität gewesen, hat aber unter den Lehrkräften 1986 62 Inoffizielle Mitarbeiter gehabt, die ausschließlich auf der Strecke Hochschulwesen arbeiteten. Ich kann immer nur sagen, was die Hauptabteilung XX/8 und nicht, was die Abwehr (Hauptabteilung II) oder die HV A noch zusätzlich gemacht haben, insofern sind die IM-Zahlen eigentlich immer weitaus höher. Nur das kann man nicht feststellen, weil dafür noch nicht einmal die Anzahl der Personen hier im Saal ausreichen würde, um das aus den zahlreich vorhandenen Materialien rauszukriegen. Also es gab an der Universität Jena 62 Inoffizielle Mitarbeiter unter den Lehrkräften und 30 unter den Studenten. An der Martin-Luther-Universität Halle ist es 1986 so gewesen, daß 70 Lehrkräfte und 110 Studenten Inoffizielle Mitarbeiter waren. Das sind die absoluten Zahlen. (Zwischenruf **Sv. Prof. Dr. Peter M. Huber:** Also für Jena, das kann ich sagen, sind es etwa 50 Prozent.) An der Technischen Hochschule Ilmenau z.B. waren es 1986 62 Lehrkräfte, die als Inoffizielle Mitarbeiter tätig waren, und 34 Studenten. Sie müssen aber, wie gesagt, immer noch hinzuzählen, wer für die HV A bzw. für andere Diensteinheiten des MfS tätig war. (Zwischenruf

Abg. Koschyk (CDU/CSU): Bei Lehrkräften meinen Sie auch den Mittelbau?) Ja, natürlich. – Ich kann Ihnen noch eine Vergleichszahl sagen: An der Charité in Berlin sind 1986 insgesamt 8.600 Beschäftigte gewesen, und da gab es, wieder geführt von der entsprechenden Abteilung für die Humboldt-Universität, 80 IM, das sind 0,9 Prozent der Gesamtbelegschaft.

Zu einer weiteren Frage: Das MfS war „Schild und Schwert der Partei" und hat einfach das durchgeführt und erfüllt, was die Partei verlangt hat. Ich würde da vorsichtig sein mit der Aussage, daß das MfS der einzige Apparat in der DDR gewesen sei, der Repression ausgeübt hat. – Über oppositionelle Erscheinungen an Universitäten haben wir hier im Kreis zwei sehr berufene Leute; Herr Kowalczuk und Herr Ammer haben sich erst kürzlich umfassend dazu geäußert. Oppositionelle Erscheinungen hat es gegeben, aber nicht in erheblichen Größenordnungen, das kann man wohl sagen. – Das jeweilige Direktorat für Internationale Beziehungen spielte für das MfS eine Rolle, weil über diese Direktorate sämtliche Auslandsverbindungen gehalten wurden, das heißt also, auch diejenigen, die aus dem Ausland an eine Universität kamen, wurden von diesem Direktorat bearbeitet, und gleichfalls alle Studenten und Universitätsmitarbeiter, die von der jeweiligen Universität mit dem Ausland zu tun hatten.

Zu der Frage der ausländischen Mitarbeiter und der ausländischen Studenten an DDR-Universitäten: Das war eine sehr brisante Frage für das MfS, die sich nicht nur auf Studenten aus dem sogenannten nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet bezog, sondern z.B. Anfang der achtziger Jahre im Rahmen der Polen-Krise auch auf polnische Studenten. Für diese ausländischen Studenten und ausländischen Lehrkräfte an den Hochschulen gab es jeweils ein eigenes Referat im MfS, was in den einzelnen Bezirksverwaltungen oder auf Hauptabteilungsebene gearbeitet hat, übrigens mit einem sehr hohen IM-Anteil, und unter diesen IM waren nicht nur Leute aus der DDR, sondern auch eine ganze Reihe ausländischer Studenten bzw. ausländischer Universitätsmitarbeiter.

Zu der Dichte von IM bei Reisekadern bin ich leider nicht aussagefähig. Es ist auch schwer, eine solche Aussage zu treffen, weil man dann zunächst einmal alle Reisekader ermitteln und sie dann auf eine IM-Tätigkeit überprüfen müßte. Das wäre ein eigenes Forschungsprojekt. (Zwischenruf **Sv. Ilko-Sascha Kowalczuk:** Ihnen wird vielleicht bekannt sein, daß es eine Anweisung Mielkes gibt, Reisekader sollten prinzipiell für das MfS arbeiten.) Nein, das stimmt nicht, da würde ich vorsichtig sein. Um das noch einmal ganz klar zu sagen: Nicht jeder Reisekader war IM, wie auch nicht jeder IM Reisekader wurde, das muß man ganz deutlich festhalten.

Herr Gutzeit, zu den Zahlen der Sicherheitsüberprüfungen: Ich kann Ihnen da im Moment nur eine Zahl anbieten, daß 1980, quasi auf der Hauptabteilungsebene, und das ist ja mehr oder weniger die zentrale Ebene, sich dieses Referat beklagt hat, daß es vollkommen damit eingedeckt ist, nur noch Sicherheitsüberprüfungen durchzuführen, das sind in dem Jahr 1.000 gewesen. Das ist durchaus eine stattliche Größenordnung, wenn man bedenkt, was für ein Aufwand für jede Sicherheitsüberprüfung betrieben worden ist. Zu den No-

menklaturkadern, von denen der Kollege Wagner gesprochen hat: Wenn man ein Nomenklaturkader war, dann hatte das MfS diesen Kader nicht mehr zu überprüfen. Ab einer bestimmten Ebene wurden Kader nicht mehr überprüft, also nicht sicherheitsüberprüft. Wer Nomenklaturkader war, wurde in der Regel vom MfS nicht bearbeitet. Es gab nur eine sehr begrenzte Möglichkeit, daß manchmal Stellen angefragt haben (z.B. bei Richtern am Obersten Gericht, die auch schon Nomenklaturkader waren), liegt etwas gegen diese Person vor, und dann hat das MfS gesagt, nein oder ja, aber dazu wurde nicht extra ermittelt, das verbot sich durch einschlägige Bestimmungen. Die stellvertretenden staatlichen Leiter waren überwiegend in solche Sicherheitsüberprüfungen mit einbezogen, also die Stellvertreterebene ist häufig in offizieller Eigenschaft tätig geworden, so, wie ich es in meinem Vortrag anzudeuten versucht habe.

Zum Abschluß noch zu den Schwerpunktaufgaben: Die Objektdienststelle Technische Universität / Hochschulen in Dresden bestand aus einem Referat für „Auswertung“, aus einem Referat „Studentische Jugend“, aus einem Referat „Wissenschaftliche Einrichtungen“, dann aus einem Referat „Vorgangsmäßige Sicherung“ – also das, worüber wir jetzt ständig gesprochen haben –, und aus einer Arbeitsgruppe „Ausländische Studenten.“ Im Jahre 1976 verfügte diese Objektdienststelle in Dresden über 28 Planstellen. Die genannten Referate stehen für die Bearbeitungsschwerpunkte der geheimdienstlichen Tätigkeit im Bereich Hochschulwesen.

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Herzlichen Dank, Herr Dr. Braun. (Beifall) Und jetzt zu seinen abschließenden Bemerkungen für uns heute Herr Tietz bitte.

Detlef Tietz: Ich möchte vorausschicken, daß ich zwar in Mitte arbeite, aber in Prenzlauer Berg wohne, das heißt, ich gehöre nicht zu den potentiellen PDS-Wählern in Mitte. (Heiterkeit) Prenzlauer Berg hat, glaube ich, eine wesentliche geringere Quote an PDS-Wählern.

Ich will auf die erste Frage kurz eingehen: Mir ist nicht bekannt, daß Schüler andere Schüler irgendwie im Auftrag ausgespitzelt haben, aber es kann durchaus sein. Innerhalb der Pionierorganisation oder in der FDJ gab es bestimmt Gespräche mit den Pionierleitern oder FDJ-Sekretären, wo man gefragt hat, wie es in der Klasse ist, das gab es mit Sicherheit. Es gab aber Verfahren an der Schule – das haben wir gefunden, kurz nachdem ich meine Tätigkeit aufgenommen habe –, die hießen „Kontrollberatungen“, und diese dienten u.a. auch dazu, Schüler, die politisch auffällig wurden, dann in ein bestimmtes Verfahren hineinzuziehen. Dazu gab es eine Anweisung, aber mehr kann ich Ihnen dazu nicht sagen.

Zum Lehrer-Schüler-Verhältnis: Das Problem war 1990/91 in Berlin dann schon nicht mehr so kraß, weil die Schulen in Berlin sich völlig umstrukturiert haben. Es ist ja am 1.8.1991 das neue Schulgesetz in Kraft getreten, dadurch sind die Schulstrukturen völlig verändert worden. Wir haben innerhalb von vier Wochen über 1.000 Lehrer verteilt, wie ich mich erinnere, und auch zum

Teil bewußt verteilt, so daß die Frage Schüler-Lehrer dann eigentlich nicht mehr so stand, weil die Schüler meistens die Lehrer nicht kannten, manchmal schon, aber meistens nicht. Das war ein Platzvorteil für die Lehrer. 1990 stand diese Frage allerdings, und mir sind wirklich auch Fälle bekannt – viele Fälle übrigens –, da mußten die Lehrer auch, um glaubwürdig zu bleiben, sich vor der Klasse zu den Dingen äußern, das haben sie dann auch getan, in welcher Art und Weise allerdings, da war ich nicht dabei. Aber es ist passiert, das weiß ich auf jeden Fall. Wer das nicht gemacht hat, der hatte überhaupt keine Chance, an vielen Stellen zumindest nicht.

Die zentrale Frage ist eigentlich die gewesen, wie das nun jetzt ist mit den Lehrern. Der Widerspruch in meinen Äußerungen ist hier nicht ganz ungewollt. Ich denke, daß formal, nach außen hin, alles in Ordnung scheint, und das ist auch schlecht meßbar. Wenn ein Schulaufsichtsbeamter in einen Unterricht hineingeht, und ich habe das wirklich über 300 mal, wenn nicht öfter gemacht, und sich das ansieht, dann wird der Lehrer sich entweder so verhalten, wie er sich immer verhält, oder er wird sich hüten, sich anders zu verhalten, zumal in § 10 des Schulverfassungsgesetzes von Berlin auch eindeutig drinsteht, daß ein Lehrer die Schüler nicht in seiner Richtung zu beeinflussen, sondern ein pluralistisches Meinungsbild zu entwickeln hat usw.. Aber ich weiß nicht, ob man sich so verstellen kann. Ich habe es sehr selten festgestellt. Bei einigen habe ich festgestellt, die hatten diese alte Pädagogik drauf, da gab es ein Ziel für eine Meinung, und die wurde erarbeitet, es wurde zwar wunderbar angefangen – pluralistisch –, aber irgendwann lief es dann immer wieder darauf hinaus. In der Regel, da war ich dann auch nicht besonders fein, sind die beim ersten Mal, zumindest bei der Bewährungsfeststellung, durchgefallen und hatten Auflagen, sich noch mal fortzubilden bzw. sich mit anderen Leuten zu beraten, wie man das besser machen kann. Ich habe jetzt übrigens nächste Woche wieder so eine Bewährungsfeststellung bei einem Kollegen, die muß jetzt abgeschlossen werden 1996, und er ist somit der letzte. Also es ist schlecht meßbar; vielleicht sollte man mal eine wissenschaftliche Untersuchung dazu machen, aber ich weiß nicht, ob man das rauskriegen würde. Wer wird das schon erzählen? Wenn die Klassentür zu ist, das war schon immer so, dann ist sie zu, und dann macht der Lehrer eigentlich das, was er machen will. Allerdings gibt es meiner Ansicht nach eine Kontrolle, die erfolgt ganz massiv durch die Eltern und auch durch die Schüler selbst, und die sind ja in den letzten fünf Jahren auch anders geworden, massiv anders geworden, die haben ein ganz anderes Selbstverständnis. Lehrer, die versuchen – das erlebe ich auch –, dort auf einer ganz platten Art und Weise die Schüler mit irgendwelchen Meinungen zu überziehen, wenn sie das nicht ganz raffiniert machen, fliegen sie sofort auf, und dann sind die meistens nicht besonders hoch angesehen und haben es auch sehr, sehr schwer. Also ich denke, daß Schüler da schon ein Korrelativ bilden und sicherlich auch Eltern. Ich habe keine Elternbeschwerden erhalten in den letzten Jahren. Ich denke, daß die Schüler das schon sehr stark beeinflussen.

Andererseits darf man sich auch nicht wundern, wenn eine Unzufriedenheit da ist und viele Lehrer in der PDS sind. Ich weiß nicht, wer in der PDS ist, das

wird ja nicht mehr erfaßt, die Parteizugehörigkeit; in alten Personalakten war das ja immer noch drin, da war klar, wer in der SED ist und wer nicht. Also ich kann das nicht beurteilen, ich kann mir aber vorstellen, daß es mit Sicherheit noch eine Reihe von Lehrern ist. Wenn in Mitte 40 bis 41 Prozent PDS-Wähler sind – obwohl die auch wieder aus bestimmten Wohngebieten kommen, das darf man nicht vergessen –, da ist schon sicher der eine oder andere Lehrer dabei. Andererseits, ich habe den letzten Satz einem Schulleiter gezeigt, und zwar in einem Bezirk, wo die PDS wirklich sehr stark vertreten ist, hinten am Köllnischen Park. Er meinte, daß viele Lehrer – vielleicht nicht viele, aber einige – sich doch vielleicht „alte Verhältnisse“ zum Teil wieder zurückwünschen, weil die Bedingungen in den Berliner Schulen sich verschlechtern. Und wenn ich an meine eigene Lehrertätigkeit denke – ich hatte eine Schülerfrequenz in meiner Klasse von 14, 15, 20, mehr war es eigentlich nicht, es ist ein Traum. Jetzt sind 27, 30, 33 Schüler, man muß die Klassenraumtür aufmachen, um da noch einen reinzusetzen, um noch einen Stuhl hineinzustellen. Es ist wirklich manchmal so, in den Gymnasien ist das ganz extrem. Unter diesen Bedingungen zu arbeiten, ist für den Lehrer natürlich nicht einfach, da wünscht man sich schon sicherlich ab und zu die alte DDR-Schule wieder. Auch natürlich die kontinuierliche Entwicklung von eins bis zehn wünschen sich viele wieder, weil, wenn die Schüler von sechs nach sieben übergehen, Riesenprobleme existieren. Es gibt wirklich ein Riesenproblem, da finden Rangkämpfe statt, und da muß man sich erst wieder behaupten und durchsetzen, die siebten Klassen sind in der Regel immer die problematischsten Klassen. Das sehen die Lehrer natürlich auch.

Dann darf man nicht vergessen – das ist vielleicht auch ein Grund, um PDS zu wählen –, daß die Ost-Berliner Lehrer ja immer noch benachteiligt sind insofern, daß sie weniger Geld verdienen als die westlichen Kollegen. Die leitenden Funktionen – außer die Schulleitungsfunktionen, das ist abgesichert –, z.B. Fachbereichsleiter usw., die werden ja nicht mit Geld vergütet, das macht man manchmal nicht einmal mit einer Stundenabminderung quasi nur so, weil man denkt, das ist ja vielleicht wichtig; da hängt eine Menge Arbeit dran. Das sind alles so Dinge, die Gefühle verursachen, sicher vielleicht auch in eine ganz andere Richtung, als man will.

Herr Eppelmann hat gefragt, wie das mit Doppelzüngigkeit und Opportunismus bei den Lehrern war, wie man sich da gefühlt hat. Vielleicht sollte man erst mal die Frage stellen: War nicht die ganze Gesellschaft doppelzüngig und opportunistisch? Da ordnen sich die Lehrer mit Sicherheit ziemlich stark mit ein. Ich denke, es war sehr entscheidend, wie weit man opportunistisch war – also war man sehr systemtreu oder war man es nicht – und wie man Positionen bezogen hat an vielen Stellen. Es ging bis zu einer gewissen Grenze, zumindest bei mir. Es wäre wahrscheinlich auch Schluß gewesen 1989, wenn die Mauer nicht gefallen wäre, das kann ich ganz ehrlich sagen; es hat mir nachher jemand gesagt, daß da umfangreiche Sachen gelaufen sind. Es ging bei mir bis zu einer gewissen Grenze, man hat sich als Lehrer entwickelt, ich zumindest

habe mich entwickelt. Beim Studium, da ging es um die Frage der ROA. Ich mußte das unterschreiben, sonst hätte ich nicht studieren können, das hat nichts mit Aspirantur und dergleichen zu tun. Da war schon die erste Konzession für mich zumindest da, obwohl ich das eigentlich nicht wollte, und als Lehrer kam ich dann wirklich zu einem Widerspruch, es ging einfach nicht. Gut, da konnte man die Klassenraumtür wieder zumachen und mit den Schülern dann auch eigene Süppchen kochen. Das hing von jedem Lehrer selber ab, wie weit er sich da hereinbegeben hat, wie weit er das machen konnte, wie weit er selbst bereit war, das zu machen, und wie weit er es auch ausgehalten hat.

Zwischenfrage Vorsitzender Rainer Eppelmann: Der Schüler interessiert mich noch, der den Eindruck hat, der Lehrer erzählt mir etwas, wo ich den Verdacht habe, da glaubt er selbst nicht ganz dran.

Detlef Tietz: Das kann ich nicht beurteilen, Herr Eppelmann, da müßte man vielleicht auch eine Schülerbefragung machen, aber das ist, glaube ich, zu spät, das hat sich wirklich mit 1991 fast erledigt.

Ob ich moralische Bedenken hatte, in der DDR Lehrer zu sein – ich denke erst mal, nein. Ich bin nicht umsonst Lehrer geworden, ich wollte das schon. Ich glaube nicht, daß ich mir darüber im klaren war, als ich das Studium begann, was im Studium auf mich zukommt, in der Pädagogik vor allem. ML war für mich, auch für viele andere, nicht so wichtig, das hat ja keiner so ernst genommen – keiner, will ich nicht sagen, aber der größte Teil hat es nicht ernst genommen.

Diskussionen unter den Lehrern wegen der veränderten Verhältnisse gab es mit Sicherheit, aber nicht offiziell, weil man sich nicht so richtig getraut hat. Es ging ja auch eine Angst um in Berlin, selbst unter den Bedingungen, daß keiner entlassen wird, aber es ging trotzdem eine Angst um, und spätestens, als die Gespräche zur persönlichen Eignung stattfanden, da ging die Angst dann sehr konkret um, und als Leute dann noch aus dem Schulbetrieb verschwanden, ging noch mehr Angst um. Ich glaube, die Lehrerschaft war, zeitweise zumindest, ziemlich verängstigt, und ich glaube nicht, daß man darüber offen diskutiert hat; inzwischen wird man sicherlich wesentlich offener über bestimmte Dinge diskutieren.

Die Mischung von Ost- und West-Lehrern, das ist ein sehr interessantes Thema. Der Bezirk Mitte war eigentlich während meiner Arbeit dort der Bezirk, der die meisten Lehrer, als das Austauschprogramm 1992 anfing, auszutauschen versucht hat. Wir haben beim ersten Schwung 40 Lehrer herübergeschickt, fast 40 Lehrer in den Wedding und nach Kreuzberg, also in die Nachbarbezirke. Das war einfach, weil die Lage günstig war, und wir haben auch 10 oder 12 Lehrer aus diesen Bezirken zurückbekommen. Das ist aber fast eingeschlafen in den letzten Jahren, und irgendwann kam der große Personalausgleich – das war im letzten Jahr –, und dann wurde zwangsversetzt, aber nicht

von West nach Ost, sondern von Ost nach West. Das war im letzten Jahr, und da sind 350 Lehrer letztes Jahr rübertransferiert worden in die West-Berliner Schulen von allen Ost-Berliner Bezirken; von Bezirk Mitte waren es, soweit ich weiß, etwa 30. Das ist immer sehr interessant, wie die Lehrer dann im Westteil der Stadt einschlagen, die Ost-Lehrer, die so indoktriniert waren, sofern sie sich gebessert haben. In der Regel haben die sehr gut eingeschlagen, muß ich sagen, und waren oft sogar besser angesehen, gerade in den Anfangsjahren, haben sehr oft mehr Feedbacks, wenn jemand mal so für ein Jahr rübergegangen ist, als die Kollegen an der eigenen Schule. Es gab natürlich auch andere Fälle, wo es Riesenprobleme gab innerhalb des Westkollegiums, mit den Ostkollegen umzugehen, also da gab es auch unwahrscheinliche Schwierigkeiten. Da gibt es Unterschiede zwischen Ostkollegen und Westkollegen, und ich habe den direkten Vergleich jetzt, weil ich auch in Wedding zuständig bin als Schulrat. Die Lehrer im Westteil der Stadt haben ein völlig anderes Selbstbewußtsein und Auftreten und zum Teil andere Motive als die Ostkollegen, so mein Eindruck. Das ist eine ganz andere Situation. Die treten mir ganz anders gegenüber als meine Ostkollegen, also mit viel mehr Forderungen an vielen Stellen, was auch nicht schlecht ist, das machen die Ostkollegen zum Teil nicht. Ob die Pädagogik nun besser oder schlechter ist, da wage ich zu bezweifeln, daß man da so richtig ein Urteil abgeben kann. Ich sehe sehr schlechte Unterrichtsstunden im Westteil und sehe sehr schlechte Unterrichtsstunden im Ostteil der Stadt, ich sehe auch sehr gute Unterrichtsstunden im Westteil und sehr gute im Ostteil der Stadt. Das ist nicht repräsentativ, was ich sage, aber mit Sicherheit gibt es da gute Leute und da gute Leute, und umgekehrt eben auch. Insofern kann man nicht unbedingt von einer Kluft sprechen, aber es gibt Unterschiede, große Unterschiede. Die Kluft, die vielleicht vorhanden ist von Seiten der Ostkollegen, hat ihre Ursache darin, daß dort doch noch Unterschiede bestehen in der Besoldung oder Vergütung, das ist das Hauptproblem, was da besteht. Man fühlt sich irgendwie zurückgesetzt, und dann wird man zum Lehrer ernannt, wenn man verbeamtet wird – man verbeamtet ja auch Lehrer –, man wird zum Lehrer ernannt. Was war man denn früher eigentlich? Ja, solche Fragen stellen sich dann. Da fühlt man sich schon ein bißchen auf den Schlips getreten. – Ich weiß nicht, wie es weitergehen wird mit dem Personalausgleich, ich denke mal, das wird sich irgendwann vielleicht zwangsweise vermischen.

Herr Hilsberg hat zur Personalerneuerung in Mitte gefragt. Das war mit Sicherheit auch ein Punkt, der Mitte ein bißchen anders aussehen läßt als andere Bezirke. Die Schulverwaltungen haben wir innerhalb eines Jahres völlig geräumt von alten Mitarbeitern, das ist in anderen Bezirken lange nicht so. Der Bruch in dem System Volksbildung macht sich wahrscheinlich am besten an den Schülern fest. Jetzt normalisiert es sich langsam, wir hatten doch erhebliche Schwierigkeiten in den ersten zwei bis drei Jahren nach der Wende mit den Schülern. 1990, da kann ich mich noch gut erinnern als Lehrer, fand zum Beispiel kaum Unterricht statt. Es war so, daß die Schüler ständig irgendwo unterwegs waren, vor der Mauer saßen und sonstwo waren. Es fand also nicht

sehr kontinuierlich Unterricht statt, und es machte sich auch bemerkbar, man ist dann in Widerspruch geraten zu seinen Eltern vielleicht, ist man in Widerspruch geraten zu den Lehrern natürlich, und es gab so ein Loch, man kriegte das nicht mehr so richtig in den Griff. Dann kam die ganze Umstrukturierung 1991, und das ging ja durch alle Klassen durch. Was normalerweise nur in der 7. Klasse passierte, passierte in allen Klassen, so daß also für gewisse Jahrgänge – ich denke für die, die damals in der 8. oder 9. Klasse waren – zwei, drei Jahre kaum so richtig Unterricht stattfand, zumindest nicht in geregelten Bahnen. Ständig neue Lehrer, das war natürlich ein ganz schöner Hammer, auch für die Schüler. Inzwischen hat es sich ein bißchen normalisiert dadurch, daß die Grundschule nun auch langsam begreift, was Grundschule ist, und weil die Schüler aus der Grundschule in die Oberschule mit mehr oder weniger guten Kenntnissen rüberkommen, aber doch zumindest als betreute und ein bißchen gehaltene Schüler in der Grundschule.

Hat die sozialistische Pädagogik das erreicht, was erreicht werden sollte? Gott sei Dank nicht, kann ich da bloß sagen, mehr kann man dazu eigentlich nicht sagen.

Gesonderte Geschichtsbücher für den Osten, das ist ein interessantes Thema. Wie soll denn so ein gesondertes Geschichtsbuch aussehen? Es gibt in Berlin den Katalog der zugelassenen Schulbücher. Danach haben sich alle Lehrer, alle Schulen in Berlin zu richten. Ich denke, das reicht eigentlich aus. Es sind überall die gleichen Bücher, allerdings bis auf die begleitende Belletristik und was so gebraucht wird für den Unterricht. Das ist dann abhängig von der Schule selbst, wobei auch innerhalb dieses Kataloges natürlich gewählt werden kann – es gibt ja nicht nur ein Buch für jedes Fach, Gott sei Dank -, so daß also die Fachkonferenzen in den Schulen darüber entscheiden, welche Bücher gekauft werden. Die Fachkonferenzen – da setzen sich z.B. alle Englischlehrer in den Schulen zusammen und überlegen, welches Englischbuch dann gekauft wird. Das ist sinnvoll, auch für die nachfolgenden Jahrgänge. Aber es sind nicht die alten DDR/Ost-Bücher, wobei 1991 in der Schule immer noch welche vorhanden waren, ich habe selber welche herausgenommen, die waren wirklich „vom Feinsten.“ Vielleicht vermissen einige DDR-Lehrer aber auch einiges – da gab es zu DDR-Zeiten neben den Büchern ja noch die Unterrichtshilfen. Die sind jetzt nicht mehr verwendbar, weil die Rahmenpläne völlig anders strukturiert sind, weil man natürlich auch etwas mehr nachdenken muß, was man macht. Das fehlt wahrscheinlich dem einen oder anderen, um sich daran festzuhalten.

Ich denke schon, daß der größte Teil der Lehrer in den Schulen Ost-Berlins sich wiederum angepaßt, vielleicht noch nicht darüber nachgedacht hat, noch nicht darüber nachdenken konnte, was da in den letzten 40 Jahren und mit ihnen selbst auch passiert ist. Man muß sich so einen Lehrer einmal vorstellen. Er bekommt nun im Grunde genommen alles neu, die Schüler auch noch. Er bekommt alles neu, muß alles neu machen, sich in die neuen Strukturen eindenken, nicht nur den Unterricht realisieren, sondern eine Vielzahl von rechtli-

chen Bestimmungen beachten, die er vorher nie zu beachten brauchte. Darüber stöhnen ja alle, daß sie auf einmal so viel wissen müssen. Ich denke, in den letzten Jahren – das beruhigt sich jetzt wohl ein bißchen –, in den letzten Jahren mußte eine Menge getan werden von jedem einzelnen Lehrer, um überhaupt den Unterricht zu bewältigen. Am schlimmsten hat es die getroffen, die an der gymnasialen Oberstufe eines Gymnasiums gearbeitet haben oder an einer Gesamtschule, weil da Forderungen in den Rahmenplänen drinstecken, die man mit den Studieninhalten nur geradeso hinkriegt. Was in Biologie gefordert wird in der Klasse 13, ist das, was ich im Studium gerade mal so hatte, muß ich sagen. Obwohl es auch übertrieben ist an manchen Stellen, aber da muß man sich schon ganz schön anstrengen, um das zu erreichen.

Die Art der Wissensvermittlung ist ein interessanter Fall. Es wird immer so ein bißchen pauschal gesagt, die Ost-Lehrer haben alle Frontalunterricht gemacht, da stand der Lehrer vorne und hat dann vom Katheder aus möglichst einen Lehrervortrag gehalten, und die West-Lehrer haben alle wunderbare Gruppenarbeit gemacht und waren ganz lieb usw.. Dieses ist nicht so, das muß ich ganz ehrlich sagen. Ich erlebe auch im Westteil der Stadt größtenteils Frontalunterricht, und man muß natürlich sehen, welche Funktionen hat ein Frontalunterricht, der ist ja nicht schlecht, wenn man ihn richtig einsetzt. Ich denke aber, daß gerade die Kollegen im Ostteil der Stadt an den Schulen – nicht alle, aber doch viele, ich denke mal, nicht der überwiegende Teil, eine Minderheit ist das – doch versuchen, andere Formen des Unterrichts zu praktizieren. Dabei muß ich aber sagen, daß die pädagogische Ausbildung – nicht die Grundlagen pädagogischer Ausbildung, sondern die Ausbildung an der Universität – in den achtziger Jahren sehr stark auf eine schülerzentrierte Arbeit des Lehrers abhob, und daß man auch wirklich darauf orientiert war, schülerbezogen zu arbeiten, also nicht nur frontal. Es war allerdings bequemer, wenn man es nicht machte in der täglichen Arbeit, das ist klar.

Zu den Stadträten noch eine Bemerkung: Volksbildungsstadträte zu befragen in Sachen innere Schulangelegenheiten, ist sicher nicht sehr effektiv, weil die Volksbildungsstadträte zwar in die Schulen dürfen, aber sie dürfen nicht in den Unterricht. Das haben die wenigsten gemacht, denke ich, es ist mir nicht bekannt. Es gab auch einen Streit in den vergangenen Jahren – inzwischen ist der nicht mehr vorhanden –, wie weit darf der Staat sich überhaupt in die Schulaufsicht einmischen, und an dem Punkt war es dann zu Ende. Der Stadtrat ging nicht in den Unterricht, also er kann das mit Sicherheit nicht so beurteilen. Da sollte man denn doch vielleicht ein paar Schulräte aus dem Ostteil ranholen und die fragen. (Beifall)

Vorsitzender Rainer Eppelmann: Ich möchte Ihnen herzlich danken. Ich möchte auch der noch anwesenden Öffentlichkeit ganz herzlich danken, die hier bis kurz vor 3/4 11 ausgehalten hat.

Mein ganz herzlicher Dank gilt den fünf Experten aber, die heute unserer Einladung freundlicherweise gefolgt sind und uns mächtig geholfen haben (Bei-

fall), auch auf eine Art und Weise – so habe ich jedenfalls den Eindruck –, die es uns möglich gemacht hat, gut zu folgen. Herzliches Dankeschön Ihnen allen. Sie bekommen sicher ein Protokoll, das Sie dann autorisieren müssen, damit das, was Sie heute hier vorgetragen haben, öffentlich gemacht werden kann. Ein besonderer Dank gilt noch der Gruppe, die das hier alles vorbereitet, die Referenten ausgesucht, angesprochen und das Programm zusammengestellt hat. (Beifall)

(Ende der Sitzung: 22.50 Uhr)